

DER BERLIN-MONITOR 2019

Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie

DER BERLIN-MONITOR 2019

Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie

Gert Pickel

Katrin Reimer-Gordinskaya

Oliver Decker

unter Mitarbeit von

Julia Schuler

Kazim Celik

Charlotte Höcker

Selana Tzschiesche

zu **Klampen!** 

© 2019 zu Klampen Verlag, Röse 21, 31832 Springe, zuklampen.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <<http://dnb.dnb.de>> abrufbar.

Autor*innen: Prof. Dr. Gert Pickel, Prof. Dr. Katrin Reimer-Gordinskaya,
PD Dr. Oliver Decker

Unter Mitarbeit von: Julia Schuler, Kazim Celik, Charlotte Höcker,
Selana Tzschiesche

Bearbeitung der Grafiken: Barbara Brendel, Henriette Rodemerk,
Julia Schuler, Kazim Celik, Charlotte Höcker

Gestaltung und Satz: Uta-Beate Mutz, Leipzig

Druck: BoD – Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN 978-3-86674-613-8

gefördert durch:



Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung



Landesstelle
für Gleichbehandlung –
gegen Diskriminierung



Das Landesprogramm

Gliederung

A	Grundlagen und Ziele des Berlin-Monitors	7
	<i>Gert Pickel, Katrin Reimer-Gordinskaya, Oliver Decker</i>	
B	Ergebnisse der Repräsentativbefragung	13
B1	Stichprobe und Methode der Repräsentativbefragung	13
	<i>Julia Schuler</i>	
B2	Politische Kultur, demokratische und politische Einstellungen in Berlin	20
	<i>Gert Pickel, Kazim Celik, Oliver Decker</i>	
B3	Gruppenbezogene Vorurteile und soziale Abwertung in Berlin	32
	<i>Gert Pickel, Kazim Celik</i>	
B4	Verbreitung von Diskriminierungserfahrungen in Berlin	44
	<i>Julia Schuler, Charlotte Höcker</i>	
B5	Antisemitismus in der Berliner Bevölkerung	55
	<i>Oliver Decker, Kazim Celik</i>	
B6	Fazit der repräsentativen Befragung	72
	<i>Gert Pickel, Katrin Reimer-Gordinskaya, Oliver Decker</i>	
C	Ansatz der aktivierenden Befragung und Zwischenergebnisse im Schwerpunkt <i>Jüdische Lebenswelten, Antisemitismus und Diskriminierung, Vielfalt und diverse Zugehörigkeiten in Berlin</i>	75
	<i>Katrin Reimer-Gordinskaya, Selana Tzschiesche</i>	
C1	Grundlagen des aktivierend-subjektwissenschaftlichen Ansatzes	77
C2	Zwischenergebnisse im Schwerpunkt <i>Jüdische Lebenswelten, Antisemitismus und Diskriminierung, Vielfalt und diverse Zugehörigkeiten</i>	89
D	Kernergebnisse des Berlin-Monitors im Kurzüberblick: Berlin zwischen vernetzter Solidarität und fragiler Demokratie	107
	<i>Gert Pickel, Katrin Reimer-Gordinskaya, Julia Schuler, Kazim Celik, Charlotte Höcker, Selana Tzschiesche, Oliver Decker</i>	
	Literatur	111
	Abkürzungsverzeichnis	118
	Anhang	
	Tabellen nach spezifischen Untersuchungsgruppen	119
	Fragebogen	127

A

Grundlagen und Ziele des Berlin-Monitors

Vorwort – Berlin als Stadt der Gegensätze

Berlin ist eine Stadt der Gegensätze. Ein urbaner Raum, in dem Vielfalt gelebt und *Teilhabe* erstritten wird. Auf diese Weise kommt im Alltag eine Welt zum Vorschein, in der alle Menschen mindestens ohne Angst verschieden sein und möglichst ihre politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Rechte realisieren könnten. Gleichzeitig ist Berlin eine Metropole, in der diverse *Ungleichheitsverhältnisse* wirksam sind und von unterschiedlichen Gruppen und Personen zusätzlich bestärkt, wenn nicht gar befeuert werden. Derartige Zuspitzungen, Polarisierungen, Abgrenzungen und Abwertungen sind in der Lage, das Leben in Gleichheit und Differenz zu gefährden und die freie Entfaltung aller Menschen in Berlin zu behindern. Entsprechend wird in der Berliner Stadtgesellschaft fortwährend darum gerungen, die Waagschale der Entwicklung in die eine oder andere Richtung zu bewegen, Liberalität und individuelle Freiheiten auszubauen oder Gruppenvorteile wie Differenzen zu wahren sowie Homogenisierungen zu fördern oder fortzuschreiben. Dies impliziert auch Fragen nach gewünschten gesellschaftlichen Transformationen und sozialen Gestaltungsräumen in einer pluralen Stadt. Vor dem Hintergrund dieser in unterschiedliche Richtungen ziehenden Kräfte ist es durchaus offen, ob es gelingen wird, die Stadt weiter im Sinne von individueller Freiheit und erhöhter Teilhabe zu demokratisieren, oder ob regressive bzw. autoritäre Dynamiken die Spielräume seiner heterogen-gleichen Bewohner*innen einengen oder gar zerstören und zu einer Homogenisierung der Stadtgesellschaft führen.

Mit Blick auf das weite Feld progressiver und aktiver Kräfte in der Zivilgesellschaft¹ stimmt die Vielzahl eigensinniger Organisation und Artikulation innerhalb und jenseits von Institutionen und Förderstrukturen ebenso hoffnungsfroh wie gelingende *Kooperationen* zwischen unabhängigen und professionalisierten Kräften. Dem stehen gelegentlich allerdings Mobilisierungsblockaden aufgrund eskalierender *Interessenkonflikte* in der Bevölkerung oder aufgrund von Reibungsverlusten infolge zu stark bürokratisierter oder selektiver Förderstrukturen entgegen. So wie es scheint, als ob gerade in jüngerer Zeit neben Kooperationsbeziehungen und thematischen Netzwerken auch Allianzen gebildet werden, in denen gemeinsame Interessen ausgehandelt werden können, sind auch Verschärfungen sozialer und politischer Polarisierungen zu beobachten. Und so sehr demokratische Gemeinwesen sich gerade dadurch auszeichnen, dass Interessenkonflikte in definierten Formen ausgetragen werden können, droht die Schärfe mancher Polarisierungen die demokratische politische Kultur auch auszuhöhlen. Angesichts dieser widersprüchlichen und gleichzeitigen Entwicklungen, die ein Spannungsfeld zwischen Fragmentierung der Demokratie und Vernetzung gesellschaftlicher Solidarität entstehen lassen, erscheint es sinnvoll, das Geflecht des sozialen, persönlichen und politischen Zusammenlebens facettenreich zu betrachten und die angedeuteten Dynamiken zu analysieren, um ein

1 Der Begriff wird hier nicht normativ (vgl. dazu: Lenhart/Roth 2018), sondern im Anschluss an Antonio Gramsci (1846) als *società civile*, in der um Hegemonie gerungen wird, verstanden. Dementsprechend wird auch die Stadt Berlin nicht primär als urbaner (vgl. Kaschuba 2015), sondern als prinzipiell umkämpfter sozialer Raum aufgefasst.

realistisches Bild der politischen Kultur und des (möglichen) Zusammenlebens der Berliner*innen zu zeichnen.²

Das Konzept des Berlin-Monitors

In dieser Konstellation hat das Abgeordnetenhaus von Berlin den Berliner Senat mit der Umsetzung eines „Berlin-Monitors“ beauftragt, welcher vom wissenschaftlichen Berlin-Monitor-Team und gefördert durch die Abteilung Antidiskriminierung/Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung durchgeführt wird. Er soll wichtige Wissensgrundlagen zur Einschätzung der politisch-kulturellen Situation in Berlin liefern und Impulse für die Weiterentwicklung demokratischer Alltagskultur in Berlin geben. Diese Maßnahme fügt sich in mittlerweile auf Landes- und Bundesebene etablierte Forschungstypen ein. So ist die wissenschaftliche Fundierung und Begleitung staatlicher Programme zur Förderung von Maßnahmen und Projekten freier Träger für Demokratie und Vielfalt, gegen Rechtsextremismus und anti-egalitäre Praxen in Form von Grundlagen- und Begleitforschung seit Beginn der 2000er Jahre genauso ein verbreitetes Vorgehen geworden, wie in einigen Bundesländern sogenannte *Monitore* installiert wurden. Der erste war der seit 2000 durchgeführte Thüringen-Monitor, auf den der Sachsen-Anhalt-Monitor, der Sachsen-Monitor und zuletzt der Niedersachsen-Monitor folgten.³ Sie demonstrieren in Kombination mit sich wiederholenden Bestandsaufnahmen gesellschaftlicher Entwicklung (Leipziger Studien zu Autoritarismus; Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung) ein zunehmendes Interesse der Politik an den Einstellungen und Interessen ihrer Bürger*innen, wie auch an Langzeitbeobachtungen. Gerade der letzte Aspekt wurde lange Zeit (und wird in einigen Bundesländern noch) sträflich vernachlässigt. Während Ad-hoc-Befragungen das Feld der Meinungsforschung dominieren, sind sich wiederholende Repräsentativbefragungen, welche einen Blick auf die Entwicklungen von Gesellschaft und sozialen Räumen zulassen, Mangelware. Mit Blick auf die Defizite dieser reinen schlaglichtartigen Betrachtung hat sich der Berliner Senat aufgrund seines großen Interesses für die Einstellungen der Berliner*innen zur Demokratie wie auch für die Entwicklung von anti-demokratischen Haltungen für die Etablierung einer Langzeitstudie und Langzeitbeobachtung entschieden. Um den jeweiligen Gewinn von Kontinuität und Eingehen auf aktuelle Problemlagen gerecht werden zu können, wird der Berlin-Monitor zukünftig – beginnend mit 2019 – alle zwei Jahre durchgeführt werden. Auf diese Weise rücken die Menschen stärker in das Blickfeld politischer Steuerungsüberlegungen, aber auch die in Demokratien notwendige Ermittlung der Forderungen, welche Bürger*innen an ihre Amtsträger*innen besitzen, werden ungefiltert aufgenommen. Mit dieser Form der unabhängigen Erhebung der Einstellungen der Berliner*innen ist es möglich, Einschätzungen von Politiker*innen zu bestätigen, aber auch zu irritieren und die in Berlin bestehenden Haltungen *transparent* zu machen.

In den genannten bisherigen Einstellungsstudien wurde vorwiegend auf quantitative statistische Erhebungen von Bevölkerungseinstellungen gesetzt, die verschiedene Vorzüge besitzen. So können etwa verschiedene Einstellungen der Bevölkerung in ihrer Verbreitung erhoben und auf Zusammenhänge und Ursachen hin

2 Mit dem Begriff der politischen Kultur ist das Bündel an Einstellungen und Denkweisen der Berliner*innen zu verstehen, welche ein Zusammenleben in einer Demokratie abbilden (Almond/Verba 1963; Pickel/Pickel 2006). Das zu erreichende Optimum ist eine *Civic Political Culture*, in der möglichst alle Bürger*innen eigenständig an einem demokratischen politischen System teilhaben und dies gestalten.

3 Bemerkenswert ist, dass das Interesse an den komplexeren politischen Haltungen und Meinungen der Menschen in den ost-deutschen Bundesländern seinen Anfang nahm. Mit dieser Anlage als sich wiederholende Erhebungen und einer Verankerung im wissenschaftlichen Bereich unterscheiden sich dabei diese Monitore maßgeblich von eher auf kurzfristige Stimmungsbilder ausgerichteten Ad-hoc-Befragungen.

überprüft werden. Dies impliziert auch die Erhebung breiter und widersprüchlicher Vorstellungen, sowie Aussagen über spezifische (größere) Teilgruppen der Gesellschaft. Standardisierte Umfragen weisen allerdings auch Grenzen auf, u. a., weil der Blick meist auf Bevölkerungsmehrheiten und deren Denken über Minderheiten bzw. benachteiligte soziale Gruppen gerichtet ist. Die Perspektive der von Vorurteilen Betroffenen kommt meist nur in stark begrenzter Weise zum Ausdruck. Um diesem Manko zu begegnen, wurden im repräsentativen Teil des Berlin-Monitors gezielt Diskriminierungserfahrungen erhoben. Speziell wenn es sich um kleine Gruppen handelt, sind Repräsentativerhebungen allerdings allein auch nicht geeignet, die Betroffenenperspektive angemessen abzubilden. Entsprechend werden im Berlin-Monitor qualitative und aktivierende Verfahren gleichwertig zur repräsentativen Befragung eingesetzt. Insgesamt ist unser Ansatz multi-methodisch, dialogisch und reflexiv angelegt. Das bedeutet, dass wir Berliner Akteur*innen nicht nur als Expert*innen im Rahmen aktivierender Befragung einbeziehen, sondern den Ansatz im fachlichen Dialog mit Interessierten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft weiter entwickeln wollen. Wichtig ist es uns, der Breitenperspektive der Berliner Bevölkerung eine Betroffenenperspektive unterschiedlicher sozialer Gruppen und Berliner*innen zur Seite zu stellen. So kann die Wechselseitigkeit zwischen Fremdsicht, wahrgenommener Fremdsicht, Eigensicht – und ihre Relevanz für (multiple) Identitätsbildungen – hergestellt werden. Dies ermöglicht den Einbezug von *Perspektivwechseln* und eine angemessene Berücksichtigung der Heterogenität der untersuchten Population(en) und Phänomene. Was für das Ziel gilt, schlägt sich auch im wissenschaftlichen Zugang und im fachlichen Diskussionsprozess nieder.

So versuchen wir, auch abgesichert durch unsere Zugehörigkeit zu Forschungskulturen unterschiedlicher Prägung (politische Kulturforschung, Sozialkapitalforschung, subjektwissenschaftliche Handlungsforschung, kritische Theorie), einen dem Gegenstand angemessenen multiperspektivischen Diskurs mittels und über unsere vielfältigen empirischen Ergebnisse zu führen, der sich produktiv in die Gestaltung des öffentlichen Raums und sozialen Zusammenlebens Berlins einbringen lässt. Dabei berufen wir uns gemeinsam auf die normative Grundlage der *Bereitstellung aller Menschenrechte* für alle Berliner*innen. Unser Interesse liegt darin, Einschränkungen von *Handlungsfähigkeiten* zu ermitteln und Hinweise zur Stärkung des *Empowerments* benachteiligter Berliner*innen zu geben sowie Wissensgrundlagen zur Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Stärkung einer demokratischen Alltagskultur in Berlin zur Verfügung zu stellen.

Entsprechend soll der Pluralität und Heterogenität der Berliner Bevölkerung durch diesen breiten methodischen wie methodologischen Betrachtungsansatz genauso Rechnung getragen werden, wie die Differenziertheit der Beobachtungen durch einen interdisziplinären und vielfältigen methodischen Zugang zum Phänomen der politischen Kultur Berlins gewährleistet wird. Der *Berlin-Monitor* soll dabei keine weitere Momentaufnahme der Stimmungslage in Berlin vornehmen, sondern ist in seiner Konzeption auf eine *Dauerbeobachtung* des Zusammenlebens der Berliner*innen ausgerichtet. Als *interdisziplinäre und multimethodische* Studie zielt er sowohl auf Auskünfte über den Zustand des Zusammenlebens in der Berliner Bevölkerung als auch auf Hinweise für (erfolgreiche) Interventionsmöglichkeiten mit Blick auf die Umsetzung von Menschen-

rechten und Teilhabemöglichkeiten. Konkret besitzt die Studie drei methodisch unterschiedliche Zugänge:

*A) Eine periodische repräsentative Bevölkerungsumfrage unter Berliner*innen*

Sie zeichnet ein Bild der Einstellungen der Berliner*innen und dient der Breitenbeobachtung. Mithilfe der Umfragedaten können Verteilungen unterschiedlicher Einstellungen in ihren Gruppengrößen abgebildet werden. Zudem besteht die Möglichkeit der Ermittlung von Zusammenhängen, d.h. Beziehungen zwischen Einstellungen und zu Verhaltensweisen sind bestimmbar (z.B. zwischen Haltungen zur Gleichstellung und politischem Protestverhalten).

*B) Gruppendiskussionen mit spezifischen Gruppen von Berliner*innen*

Die Gruppendiskussionen reflektieren unter Einbezug von kommunikativem Austausch, sozialer Auseinandersetzung und größtmöglicher Äußerungsfreiheit die Meinungen der Berliner*innen. Sie dienen einer Vertiefung der Bestimmung spezifischer Haltungen und der genaueren Einsicht in – auch gelegentlich konfliktreiche – Diskurse in der Berliner Stadtgesellschaft.

C) Aktivierende Befragungen in der Berliner Bevölkerung

Die aktivierenden Befragungen ermöglichen den Berliner*innen als Betroffene von Diskriminierung und Vorurteilen eine eigenständige Sichtbarkeit. Sie dienen allerdings auch dazu, bestehende Teilhabepotentiale zu erkennen und ggf. zu ihrem Ausbau zu motivieren. Hier gilt es, einen genaueren Blick in die vielfältige und facettenreiche Teilhabelandschaft Berlins zu werfen und mögliche Zukunftspotentiale sowie Allianzen auszuleuchten.

Erst in der Kombination der verschiedenen Zugänge entsteht ein alltagsgerechtes und facettenreiches Bild der politisch-kulturellen Situation in Berlin. Dieses kann Auskünfte über Qualität und Dynamik (in) der demokratischen Alltagskultur und Hinweise zur Weiterentwicklung von Handlungs- und Interventionsstrategien seitens des Berliner Senats liefern, die sich auch jenseits reiner schwarz-weiß Einordnungen bewegen. Aufgrund der thematischen Breite und Komplexität bestehender Einstellungsstrukturen erscheint eine gewisse Schwerpunktsetzung der einzelnen Wellen des Berlin-Monitors sinnvoll und notwendig. Nur auf diese Weise ist es möglich, neben einem auf Langzeitbeobachtung angelegten Überblick auch tiefer gehende Erkenntnisse über Stimmungslagen, Zusammenhänge und Verankerungsstrukturen von politischen Kulturen, Vorurteilsstrukturen und zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten zu erhalten. Entsprechend leuchten die Studien des Berlin-Monitors tiefer gehend Spezifika des Zusammenlebens in Berlin aus und behalten in ihrer Fortschreibung zeitliche Veränderungen und Entwicklungen im Blick.

Laufende erste Studie 2019 und Bestandteile des vorliegenden ersten Berichts

Der vorliegende erste Bericht aus der ersten Studie des Berlin-Monitors 2019 bezieht sich vornehmlich auf Ergebnisse aus der ersten *repräsentativen Befragung* von Berliner*innen sowie auf erste Ergebnisse aus den *aktivierenden Befragungen* in Berlin. Im weiteren Verlauf des Jahres 2019 werden, aufbauend auf den bisherigen Ergebnissen, *Gruppendiskussionen* mit Berliner*innen durchgeführt. Diese werden zusammen mit weiteren aktivierenden Befragungen kontinuierlich ausgewertet und durch vertiefende statistische Analysen der Daten des Berlin-Monitors 2019 gerahmt sowie in folgenden Veröffentlichungen mit wechselnden inhaltlichen Schwerpunkten dargestellt. Eine Differenzierung in unterschiedliche inhaltliche Schwerpunktsetzungen erschien uns der Komplexität der Fragestellungen und Phänomene angemessen.

Im vorliegenden Bericht wird – nach einer kurzen Skizze der Stichprobe der repräsentativen Umfrage (Kapitel B1) – zunächst eine *Übersicht* über die Verbreitung verschiedener politischer Haltungen (Kapitel B2 und B3) und von Diskriminierungserfahrungen (Kapitel B4) in der Berliner Bevölkerung gegeben. Der thematische Schwerpunkt liegt in dieser Studie auf antisemitischen Einstellungen, der Erfahrung von Antisemitismus sowie Umgangsweisen und Gegenstrategien. Dementsprechend folgt eine tiefgehende Auswertung der Repräsentativerhebung mit Blick auf antisemitische Einstellungen (Kapitel B5). Abgeschlossen wird der Bericht von einer Einführung in den Ansatz der aktivierenden Befragung in der jüdischen Bevölkerung und einer Darstellung erster empirischer Ergebnisse in Bezug auf Erfahrungen von Antisemitismus sowie Umgangsweisen und Handlungsstrategien (Kapitel C). In Kapitel D erfolgt eine kurze Bündelung der aus unserer Sicht bisher wichtigsten Ergebnisse dieses Berichtes. In folgenden Berichten werden Rassismen, soziale Abwertung und sozioökonomische Deklassierung, Antiziganismus und Antigenderismus Schwerpunkte der Auswertung bilden.

*Beteiligte Forscher*innen:*

Das durchführende Konsortium besteht aus PD Dr. Oliver Decker (Universität Leipzig), Prof. Dr. Gert Pickel (Universität Leipzig) und Prof. Dr. Katrin Reimer-Gordinskaya (Hochschule Magdeburg-Stendal).

Als Mitarbeiter*innen am Projekt beteiligt sind Kazim Celik, Charlotte Höcker, Julia Schuler und Selana Tzschiesche. Allen an den Auswertungen und der Vorbereitung der Studie beteiligten Personen ist an dieser Stelle bereits herzlich zu danken. Für die vorgelegten Ergebnisse sind alleine die Projektleiter*innen des Berlin-Monitors verantwortlich.

B

Ergebnisse der Repräsentativbefragung

Julia Schuler

B1

Stichprobe und Methode der Repräsentativbefragung

4 Hier sind zwei kurze methodische Anmerkungen notwendig. Während die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wie der Berlin-Monitor als Telefonbefragung durchgeführt wurde, sind die Leipziger Studien zu Autoritarismus eine Face-to-Face-Befragung. Aufgrund der unterschiedlichen Befragungstechniken können leichte Verzerrungen für den Vergleich entstehen, da aus Erfahrungen heraus eine Face-to-Face-Befragung eher eine stärkere Antwortbereitschaft normabweichender Gruppen aufzuweisen scheint. Beide Studien unterscheiden sich vom Berlin-Monitor dahingehend, dass in den Auswertungen nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit berücksichtigt werden. Im Berlin-Monitor wurden auch Berliner*innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in den Ergebnisdarstellungen berücksichtigt, um die plurale Berliner Bevölkerung angemessen abzubilden. Beide Faktoren wurden kontrolliert und wiesen nur marginale Abweichungen auf, so dass die Daten der Studien gut miteinander zu vergleichen sind.

5 16 der 2.005 Interviews wurden via Online-Beteiligung ausgefüllt.

In den ersten Kapiteln des Berichts werden zentrale Ergebnisse der Repräsentativbefragung des Berlin-Monitors vorgestellt. Im Fokus der Befragung standen die Verbreitung von Vorurteilen gegenüber verschiedenen sozialen Gruppen sowie die Verbreitung von Diskriminierungserfahrungen innerhalb der Berliner Bevölkerung. Haltungen zur Demokratie, zur politischen Kultur in Deutschland sowie Einschätzungen zur sozialen wie ökonomischen Lage wurden ebenfalls erfragt. Ein Schwerpunkt lag in der Erhebung von antisemitischen Einstellungen. Von Anfang März bis Ende April 2019 wurden im Rahmen des Berlin-Monitors hierfür insgesamt 2.005 Bürger*innen Berlins im Alter ab 16 Jahren befragt.

Die Befragung erfolgte mittels eines standardisierten Fragebogens, welcher neben soziodemographischen Angaben zu Geschlecht, Alter, Schulbildung, Einkommen, Religiosität und Migrationshintergrund auch entsprechende Messinstrumente zur Erfassung von politischen und weltanschaulichen Einstellungen, der Verbreitung von Vorurteilen und von Erfahrungen von Diskriminierung enthielt. Ein großer Teil der Messinstrumente wurde bereits in anderen Umfragen eingesetzt. Für einige der erfassten Daten liegen deshalb Vergleichswerte aus bundesweiten Repräsentativbefragungen vor (u. a. Decker & Brähler 2018; Zick et al. 2019). Auf diese Vergleichsdaten wird an den entsprechenden Stellen in den folgenden Kapiteln eingegangen. Dabei wurden Vergleiche zu den aktuellsten vorliegenden bundesweiten Daten aus den *Leipziger Studien zu Autoritarismus* (Decker & Brähler 2018) sowie der Studie „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (Zick et al. 2019) vorgenommen.⁴ Neben etablierten Messinstrumenten wurden neue Fragen und Weiterentwicklungen bestehender Instrumente und Skalen eingesetzt. Sie dienen insbesondere dazu, Formen von Diskriminierung und Abwertung möglichst vieler verschiedener Sozialgruppen der vielfältigen Berliner Gesellschaft angemessen abbilden zu können.

Der Fragebogen wurde in einem Pretest hinsichtlich seiner Funktionstüchtigkeit geprüft und nach kleineren Anpassungen in einer siebenwöchigen Feldphase in allen Berliner Bezirken erhoben. Im Auftrag der Universität Leipzig wurde die Befragung durch das Meinungs- und Sozialforschungsinstitut USUMA GmbH durchgeführt. Die Mehrheit der Befragten wurde telefonisch befragt (CATI-Interviews). Personen, welche nicht telefonisch an der Befragung teilnehmen wollten, hatten darüber hinaus die Möglichkeit, den Fragebogen als Online-Fragebogen selbst auszufüllen (CAWI-Interviews).⁵

Um die Pluralität der Bevölkerung Berlins abbilden zu können und den Zugang zur Befragung für verschiedene Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen, wurde die Umfrage in den sechs am häufigsten vertretenen Sprachen in Berlin durchgeführt: Deutsch, Englisch, Türkisch, Polnisch, Russisch und Arabisch.⁶ Durchgeführt wurde die Befragung durch geschulte Interviewer*innen mit entsprechenden Sprachkenntnissen in den Erhebungssprachen. Die Übersetzung der Fragebögen in die Sprachen Englisch, Türkisch, Polnisch, Russisch und Arabisch erfolgte durch ein Übersetzungsbüro und wurde mit Hilfe einer anschließenden Rückübersetzung validiert.

Der eingesetzte Fragebogen findet sich im Anhang des Berichts. Um persönliche Einstellungen zu erfassen, wurden in den meisten Fällen sogenannte Likert-Skalen genutzt. Dabei stehen den Befragten Skalen zur Verfügung, auf welchen sie ihre Zustimmung bzw. Ablehnung abstimmen können. Aus Vergleichsgründen zu bestehenden Instrumenten wurden im Fragebogen teilweise Itemskalen mit fünf Antwortkategorien und teilweise Itemskalen mit vier Antwortkategorien eingesetzt. Bei fünfstufigen Antwortskalen stand den Befragten neben zustimmenden und ablehnenden Antwortkategorien auch eine mittlere Kategorie zur Verfügung (teilweise Zustimmung/teilweise Ablehnung). Für die Angabe der eigenen politischen Orientierung auf einer Links-Rechts-Skala sowie der eigenen Religiosität wurden jeweils 10-stufige Skalen zur Abstufung angeboten. Die Fragestellung zum Demokratieverständnis wurde offen gestellt.⁷

Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte durch ein mehrstufiges Verfahren. In einem ersten Schritt wurde eine bevölkerungsproportionale Festnetz-Telefonstichprobe⁸ für das Land Berlin gezogen.⁹ In den so ausgewählten Haushalten, in denen eine Befragung stattfinden sollte, wurde in einem zweiten Schritt per Zufallsauswahl diejenige Person ausgewählt, die an der Befragung teilnehmen sollte. Diese Zufallsauswahl erfolgte anhand des Schwedenschlüsselverfahrens. Insgesamt 1.910 der Interviews wurden auf Deutsch durchgeführt. 95 Interviews wurden in den fünf weiteren Sprachen erhoben. Tabelle 1.1 gibt einen

6 Die Auswahl der Sprachen erfolgte aufgrund deren Verbreitung innerhalb der Berliner Wohnbevölkerung. Darüber hinaus wären weitere Erhebungssprachen denkbar gewesen. Deren Erfassung war jedoch vor dem Hintergrund der damit verbundenen Übersetzungskosten und Kosten für zusätzliche Interviewer*innen bei vergleichsweise geringer Ausschöpfungsquote in der vorliegenden Studie nicht realisierbar.

7 Aufgrund der Notwendigkeit einer längeren Kodierung und Rekodierung sowie eines starken konzeptionell-theoretischen Rahmens der Interpretation wurde die Auswertung der Fragen zum individuellen Verständnis von Demokratie, welches von den vorgestellten Haltungen zur Demokratie im allgemeinen zu unterscheiden ist, für die Zeit nach der Berichtspräsentation zurückgestellt.

8 Eine gleichzeitige regionale Stichprobenziehung von Mobilfunknummern im Raum Berlin war vor dem Hintergrund der Bestimmungen der geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zum Erhebungszeitraum nicht möglich.

9 Grundlage für diese Ziehung war der Auswahlrahmen der Arbeitsgemeinschaft deutscher Marktforschungsinstitute (ADM Auswahlrahmen). Das Auswahlverfahren ermöglichte eine Schichtung anhand der Gemeindekennziffern für Berlin und eine a priori Stadtteilzuordnung. Da bei Umzügen die Festnetznummer häufig mitgeführt wird, erfolgte die letztliche Zuordnung zu Stadtteilen für die folgende Auswertung durch die Befragten im Fragebogen selbst.